

## Pressemitteilung 188

### **SPD stellt Berichts Antrag Wie stehts um den sozialen Wohnungsbau in Flörsheim?**

Die SPD-Stadtverordnetenfraktion hat zur nächsten Sitzung der Stadtverordneten einen Berichts Antrag zum sozialen Wohnungsbau in Flörsheim gestellt. Hintergrund ist, dass die Zahl der Sozialwohnungen im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden sehr niedrig ist und in den vergangenen Jahren immer weiter zurückging. Auch zum Ende dieses Jahres werden weitere 28 Wohnungen aus der Sozialbindung fallen, so dass es dann nur noch 182 solcher Wohnungen gibt, von denen sich 70 im Eigentum der Stadt befinden. Bei einem Wohnungsbestand von rund 9800 Wohnungen in Flörsheim sind das dann gerade noch 1,9%.

Aufgrund dieser Zahlen wird im städtebaulichen Entwicklungskonzept ISEK ein dringender Handlungsbedarf festgestellt. Konkrete Planungen und Maßnahmen der Stadt für mehr Sozialwohnungen in nennenswerten Umfang sind allerdings bisher nicht bekannt.

In ihrem Antrag fordert die SPD deshalb einen Bericht im Haupt- und Finanzausschuss. In diesem Ausschuss sollen auch die Geschäftsführer der städtischen Baugesellschaft Terra und der Merian, einer Tochter der Wohnungsbaugesellschaft des Landes Hessen, an der die Stadt über die Terra mit einem Anteil von 1,4 Millionen Euro beteiligt ist, über ihre Planungen zum Erhalt der noch vorhandenen und zur Schaffung zusätzlicher Sozialwohnungen berichten.

„Es kann nicht sein, dass eine landeseigene Gesellschaft, an der die Stadt beteiligt ist, seit Jahren nicht nur keine neuen Sozialwohnungen in Flörsheim baut, sondern immer mehr der vorhandenen Wohnungen aus der Sozialbindung fallen lässt. Wenn hier keine Kehrtwende stattfindet, sollte die Stadt ihre Beteiligung veräußern und selbst, gegebenenfalls auch mit neuen Partnern, dafür sorgen, dass es in Flörsheim wieder einen angemessenen Anteil an Sozialwohnungen gibt und damit auch einkommensschwache und kinderreiche Familien in Flörsheim weiterhin bezahlbaren Wohnraum finden und nicht aus Flörsheim wegziehen müssen“, begründete die SPD-Fraktionsvorsitzende Melanie Ernst den Antrag ihrer Fraktion.